

Pressemitteilung

Institute for Advanced Sustainability Studies e.V.

Bianca Schröder

15.12.2020

<http://idw-online.de/de/news760080>

Forschungsergebnisse, Wissenschaftspolitik
Energie, Politik, Umwelt / Ökologie, Wirtschaft
überregional



Ökostrom-Förderung: Europäische Länder sollten Reformen koordinieren

Gerade hat sich die Europäische Union auf strengere Klimaziele bis 2030 geeinigt, nun geht es an die Umsetzung. Was müssen die Länder dabei beachten? Eine Studie zeigt, wie wichtig es ist, dass sie ihre Reformen bei der Förderung von erneuerbaren Energien koordinieren. Sonst würden viele Investoren ihre Aktivitäten verlagern – in noch subventionierte Technologien oder in Länder, in denen Förderung noch vorhanden ist. Die Gesamtkosten des Erneuerbaren-Ausbaus würden dadurch steigen.

Viele europäische Länder ersetzen in den vergangenen Jahren staatlich garantierte Vergütungen pro Kilowattstunde durch Auktionen. Dabei bekommt derjenige den Zuschlag, der die niedrigste Vergütung fordert. Da die Kosten für erneuerbare Energien in den vergangenen Jahren deutlich gesunken sind, wächst der politische Druck, Fixpreisvergütungen ganz abzuschaffen und Erneuerbare auf dem freien Markt bestehen zu lassen. Unter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ist das Thema umstritten. Wie aber würden verschiedene Förder-Optionen die Entscheidungen von Investoren beeinflussen? Diese Frage haben die IASS-Forscher Marc Melliger und Johan Lilliestam untersucht.

Größere Investoren reagieren besonders flexibel auf politische Reformen

Die Präferenzen der Investoren waren deutlich: Wenn sie frei wählen könnten, würden die meisten in ihrem eigenen Land in Photovoltaik oder Onshore-Windprojekte investieren, die mit möglichst niedrigen Preisrisiken unterstützt werden. Viele Investoren würden lieber auf eine andere Technologie oder auf ein anderes Land ausweichen, wenn sie so auf eine Investition mit Fixpreisvergütung zurückgreifen können. Größere Investoren sind eher bereit und in der Lage als kleinere, ihre Aktivitäten in neue Länder zu verlagern, wenn sie eine attraktive, risikoarme Marktsituation vorfinden.

„Es würden also eher große Projekte verlagert. Das könnte den europäischen Energiemix so verändern, dass eine Abhängigkeit von einer einzigen, weniger ausgereiften Technologie oder einer bestimmten Erzeugungsregion entsteht. Zum Beispiel ist Photovoltaik zuerst in den sonnigen südeuropäischen Ländern wettbewerbsfähig geworden. Wenn die ihre Förderung auslaufen lassen, werden Investoren stärker in PV-Anlagen in den nordeuropäischen Ländern investieren, die noch Subventionen zahlen, und somit steigen die Gesamtkosten für die europäische Energiewende“, sagt Leitautor Marc Melliger. Eine länderübergreifende Koordination der Reformen sei daher unerlässlich.

Verstärkte Koordinierung hält Investitionen „auf Kurs“

Obwohl die Koordinierung mit der EU in den letzten Jahren zugenommen hat, behalten die Länder ein hohes Maß an Freiheit bei der Gestaltung und Umsetzung der Politik. „Eine verstärkte Koordinierung auch zwischen den einzelnen Ländern würde die Komplexität erhöhen und die erforderlichen politischen Anstrengungen steigern, aber sie könnte auch dazu beitragen, Investitionen auf Kurs zu halten“, betont Co-Autor Johan Lilliestam. Marc Melliger ergänzt: „Politikänderungen hin zu mehr Markt zielen auf tiefere Kosten. Wenn solche Reformen aber unkoordiniert ablaufen, besteht das Risiko, dass die Kosten eher höher ausfallen.“

wissenschaftliche Ansprechpartner:

Marc André Melliger
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
marc.melliger@iass-potsdam.de

Originalpublikation:

Melliger, M. A., Lilliestam, J. (2021): Effects of coordinating support policy changes on renewable power investor choices in Europe. - Energy Policy, 148, 111993. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2020.111993>